

Andelfinger Zeitung, Freitag, 14. Juni 2024

FORUM

# Schweizer Sicherheitspolitik und Neutralität nach der Zeitenwende

von Dr. Jeannette Wibmer, Präsidentin Die Mitte Bezirk Andelfingen

14. Juni 2024



Russland überfiel im Februar 2022 die Ukraine. Seither tobt dort der von 143 Mitgliedern der Vereinten Nationen in der UN-Generalversammlung als völkerrechtswidrig anerkannte Vernichtungskrieg Russlands. Der Bundesrat übernahm einerseits die Sanktionen der EU gegen Russland, um unsere Wirtschaft zu schützen. Andererseits hielt er daran fest, dass befreundete Nationen ihr erworbenes Schweizer Kriegsmaterial nicht an die angegriffene Ukraine weiterliefern dürfen.

Als Kleinstaat ist die Schweiz darauf angewiesen, dass das Gewaltverbot der UN-Charta international respektiert wird. Deshalb müssen wir uns fragen, wie wir in der Schweiz den Schutz der internationalen Rechtsordnung hochhalten und verteidigen können, wenn wir den Aggressor Russland gleich behandeln wie das Opfer Ukraine und deshalb auch die Drittausfuhr von längst verkauftem Schweizer Kriegsmaterial an die illegal angegriffene Ukraine verbieten.

Unsere bewaffnete Neutralität beruht insbesondere darauf, dass wir selbst in der Schweiz Kriegsgerät wie beispielsweise Munition herstellen können. Aufgrund der enormen Technologieentwicklung in diesem Bereich ist dies für uns jedoch nur zu vernünftigen Kosten möglich, wenn wir Schweizer Waffen auch an befreundete, demokratische und rechtsstaatliche Nationen weiterverkaufen können. Wegen unseres absoluten Weiterlieferungsverbots in das Kriegsgebiet Ukraine werden wir von möglichen Interessenten nicht mehr als verlässlicher Lieferant eingeschätzt. Neubestellungen unserer Partner in der freien Welt brechen seither ein. Dies gefährdet vorab unsere bewaffnete Neutralität, aber auch unser Ansehen in der Welt.

Auch deshalb richtet der Schweizer Bundesrat dieses Wochenende die Ukraine-Friedenskonferenz aus. Gemäss Bundespräsidentin Viola Amherd hatten bis am Montag 90 Staaten ihre Teilnahme bestätigt, die Hälfte mit Staatspräsidenten oder Regierungschefs.

Ein Einbezug Russlands auf dem Bürgenstock wurde vom EDA entgegen anderslautenden Meldungen nie vollständig ausgeschlossen. Unsere Bundespräsidentin sondierte eine solche insbesondere in einem persönlichen Brief an Präsident Putin nach dessen Wiederwahl, vergeblich. China, das unter anderem von kriegs- und sanktionsbedingt stark verbilligten Öl- und Gasexporten Russlands profitiert, sagte seine Teilnahme ebenfalls ab.

Die Bürgenstock-Konferenz richtet deshalb den Fokus auf jene Punkte im Friedensplan des ukrainischen Präsidenten Selenskyj, die international besonders wichtig sind: Dazu gehören die Sicherheit von atomaren Anlagen der Ukraine für die Schweiz und Europa, oder die zur Verhinderung von Fluchtbewegungen aus Ländern des globalen Südens wichtige Getreide- und Nahrungsmittelversorgung aus der Ukraine. Zudem wird an einer nächsten Friedenskonferenz auch mit Russland und China gearbeitet. Resultate wären ein grosser Erfolg, seien wir gespannt!

Unabhängig davon müssen wir uns überlegen, wie wir künftig unsere Sicherheit gewährleisten und gegen Angriffe jedweder Art verteidigen können. Gewisse Kreise am links-grünen und rechten Rand unseres Politspektrums vergessen scheinbar, dass Freiheit, Sicherheit und Souveränität grundlegend sind.

Sicher ist die Schuldenbremse in Friedenszeiten richtig, aber heute ist unsere Sicherheit bedroht, nicht nur durch Cyberangriffe Russlands: «Frieden schaffen ohne Waffen» wurde endgültig illusorisch. In dieser ausserordentlichen Bedrohungslage ist die Schuldenbremse kein Selbstzweck. Oder wurde die Eidgenossenschaft etwa gegründet, um keine Schulden zu machen!?